



Dušan Bogdanovic

Parlamentswahl im Kosovo

Oktober 2004

Am 23. Oktober d. J. wird in der Provinz Kosovo ein neues Parlament gewählt. Nach dem Kosovo-Krieg im Jahr 1999 befindet sich die serbische Provinz Kosovo (Amselfeld) unter UN-Schutz. Der *Verfassungsrahmen* (provisorische Verfassung) schreibt vor, dass alle drei Jahre eine Parlamentswahl stattfindet. Gewählt werden sollen 120 Abgeordnete, und zwar nach dem folgenden Schlüssel: 100 direktgewählte Vertreter politischer Subjekte (Parteien usw.); 20 Mandate reserviert für nicht-albanische Vertreter: 10 Serben; 4 Roma, Aschkali, Ägypter; 3 Bosniaken; 2 Türken und 1 Goraner.

In der auslaufenden Ersten Wahlperiode (Beginn: 17. November 2001) sieht die Zusammensetzung des Parlaments wie folgt aus:

Politische Partei	Mandate
LDK (Demokratische Liga Kosovos) ¹	47
PDK (Demokratische Partei Kosovos) ²	26
KP (Koalition «Povratok» - [Rueckkehr]) ³	22
AAK (Allianz fuer die Zukunft Kosovos) ⁴	7
VTN (Vatan)	4
KDTP (Tuerkische Demokratische Partei Kosovos)	3
PDASHK (Demokratische Aschkali Albanische Partei Kosovos)	2
IRDK (Neue Demokratische Initiative Kosovos)	2
PShDK (Albanische Christlich-Demokratische Partei Kosovos)	1
BSDAK (Bosniakische Partei demokratischer Aktion Kosovos)	1
LKÇK (Nationale Bwewegung fuer die Freiheit Kosovos)	1
LPK (Volksbewegung Kosovos)	1
PD (Partei des Rechts)	1
PREBK (Vereinigte Roma-Partei Kosovos)	1
UNIKOMB (UNIKOMB)	1
G e s a m t:	120

¹ Der Praesident von Kosovo, *Ibrahim Rugova*, ist der Gruender und Vorsitzender dieser Partei.

² *Hashim Thaqi*, ehem. Gründungsmitglied und Anführer der Kosovo-Befreiungsarmee, sitzt dieser Partei vor.

³ Serbische Palamentarier-Gruppe, die das Parlament seit Monaten boykottiert.

⁴ *Ramush Haradinaj*, ein von den radikalsten albanischen Politikern (auch als "Kandidat für Den Haag" behandelt) führt diese Partei.

Nach zahlreichen Zwischenfaellen in denen die im Kosovo verbliebene Serben den Anschlaegen albanischer Extremisten zum Opfer gefallen sind – insbesondere nach der Gewaltwelle vom 17. Maerz d. J. – hat die Mehrheit der Anfuhrer serbischer Gemeinschaft die Kosovo-Serben zum Boykott der Wahl aufgerufen. Die Belgrader Kostunica-Regierung, fuehrende Politiker und Intellektuellen im sog. «patriotischen Block», sowie der Patriarch der Serbischen orthodoxen Kirche (SPC) haben diesen Aufruf mit Nachdruck unterstuetzt. Ihre Begrueundung: so lange es im Kosovo keine Sicherheit und Bewegungsfreiheit fuer die dort noch lebenden, sowie Rueckkehr fuer die Gefluechteten und Vertriebenen nicht gewaehrleistet ist, koennen die Serben dem Kosovo-Parlament durch ihre Stimmen und ihre Beteiligung im politischen Prozess keine Legitimitaet verliehen.

Am 5. Oktober hat der Staatspraesident Serbiens Boris Tadic an Kosovo-Serben appelliert, sich an der Wahl zu beteiligen. Seine Begrueundung: nur wenn ihre Vetreter in den Institutionen mitmachen, koennen sie sich fuer die Interessen serbischer Gemeinschaft einsetzen und um die Unterstuetzung der im Kosovo anwesenden Strukturen der Voelkergemeinschaft werben. Herr Tadic hat allerdings auch eine Bedingung gestellt: falls innerhalb von 90 Tagen nach der Wahl dafuer nicht gesorgt wird, dass in mehrheitlich serbisch bewohnten Gebieten im Kosovo selbsstaendiges und von den serbischen Behoerden kontrolliertes Justiz-, Bildungs-, Gesundheits- und Polizeiwesen zustande gebracht wird, werde er, Praesident Tadic, von den serbischen Abgeordneten verlangen, ihre Aemter nieder zu legen.

Die Kluft zwischen den Spitzenpolitikern in Belgrad kann sich auf das politische Geschehen um Kosovo und in Serbien zweierlei auswirken:

das politische Benehmen der Kosovo-Serben wird zunehmend abhaengiger von den Entwicklungen auf der Belgrader politischen Szene;

die Lage in Serbien selbst – geplagt von einer schweren Wirtschafts- und Institutionskrise - wird immer undurchsichtiger: es ist nicht auszuschliessen, dass die Karten neugemischt werden un eine vorgezogene Parlamentswahl auch in Serbien bald stattfindet.

Auf jedem Fall, scheint die Belgrader politische Klasse um Kosovo nur so besorgt zu sein, wie es ihrem politischen *rating* in Serbien dient. Ernste, ehrliche und aufrichtige Versuche, eine Loesung fuer Kosovo durch Verhandlungen gleichberechtigter Partner zu suchen, gibt es nach wie vor nicht. Stattdessen, faellt es den Belgrader Politikern (und *Politikanten*) leichter und einfacher, die Tragodie aller Kosovaren zu instrumentalisieren.